

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 66/034/2008

Bau- und Planungsausschuss am 05.06.2008

Zu Punkt 4: Umbau und Neueinrichtung der Kfz-Zulassungsstelle in Langenfeld

KA Kirchrath lehnt die Aufstellung der Container ab und bittet die Verwaltung, Ersatzräume für den Zeitraum des Umbaus zu finden. Er informiert, dass sich Räume in einer Größenordnung von ca. 300m² in nächster Nähe zum Straßenverkehrsamt befinden, die angemietet werden könnten.

Herr Reusch bestätigt, dass die Räumlichkeiten bekannt sind und z.Zt. auf Tauglichkeit geprüft werden. Wenn kein anderer freier Raum vorhanden ist, muss die kostengünstige Variante der Container genutzt werden, da nicht gewartet werden kann, bis neuer Raum frei wird.

KA Krick empfiehlt, diese Vorlage in die nächste Sitzung des Kreistages zu verweisen, da noch Beratungsbedarf besteht .

KA Weidtmann erkundigt sich, ob zur Überbrückung nicht ein vorübergehender Schichtdienst im Straßenverkehrsamt Mettmann eingeführt werden kann.

Herr Hanheide entgegnet, dass die Mitarbeiter nicht zum Schichtdienst verpflichtet und die Räumlichkeiten des Straßenverkehrsamtes Mettmann nicht dafür ausgerichtet sind, zusätzliches Personal aufzunehmen. Er thematisiert noch einmal den jetzigen Zustand der Zulassungsstelle Langenfeld. Sie wurde zuletzt im Jahr 1991 renoviert, die Arbeitsmöglichkeiten vor Ort entsprechen jedoch nicht mehr der heutigen Norm.

KA Madeia vertritt die Meinung, dass man der Verwaltung die Entscheidung überlassen sollte, ob Container oder Alternativräume genutzt werden.

Auf die Kritik von KA Krick, dass die Kosten mit Durchschnittskosten von 1600 €/m² als zu hoch empfunden werden, entgegnet Herr Fliegau, dass diverse Zusatzleistungen für das Straßenverkehrsamt unbedingt notwendig sind. Als Beispiel führt er den Bau der Klima- und der Einbruchmeldeanlage an.

Einzelne Ausschussmitglieder erkundigen sich nach der Laufzeit des Mietvertrages und ob dieser jederzeit, mit Blick auf die zu tätigen Investitionen, gekündigt werden kann.

Herr Reusch sagt zu, Gespräche hierüber mit der Stadt Langenfeld zu führen und die Ergebnisse zu diesem Thema den Fraktionen zukommen zu lassen.

Aufgrund der vorhergehenden Diskussion schlägt die Verwaltung vor, die ursprüngliche Beschlussempfehlung dahingehend zu ergänzen, dass auch Alternativen zur Containerlösung aufzuzeigen sind.

Der Ausschussvorsitzende lässt über folgenden geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Kfz-Zulassungsstelle in Langenfeld wird kundengerecht umgebaut. Während der 3-4 Monate dauernden Umbauphase werden die Geschäftsvorfälle in Containern, bzw. in geeigneten anderen Räumlichkeiten vor Ort abgewickelt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Kreisausschuss am 05.06.2008

Zu Punkt 8: Umbau und Neueinrichtung der Kfz-Zulassungsstelle in Langenfeld

Herr Fliegau fasst die Beratungen aus der vorangegangenen Sitzung des Bau- und Planungsausschusses zusammen. Nach Diskussion fasste der Bau- und Planungsausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

*„Die Kfz-Zulassungsstelle in Langenfeld wird kundengerecht umgebaut. Während der 3-4 Monate dauernden Umbauphase werden die Geschäftsvorfälle in Containern **bzw. in geeigneten anderen Räumlichkeiten vor Ort** abgewickelt.“*

Herr Hanheide erläutert die sachliche Notwendigkeit des Umbaus und beantwortet die Fragen der Kreisausschussmitglieder. Er unterstreicht abschließend, wie wichtig die Einhaltung des Zeitplanes ist, damit der Umbau bis zum Frühjahrsgeschäft abgeschlossen ist.

KA Wedel merkt an, dass seine Fraktion zwar den Umbau unterstützt, aber den in der Vorlage vorgestellten Zeitplan „nicht um jeden Preis“ einhalten möchte.

KA Völker bittet, die Kosten für die Interimslösung deutlich zu senken und hält ggf. umbaubedingte Einschränkungen für vertretbar.

KA Kanschat bittet die Verwaltung zu prüfen, ob während der Umbauphase ein Zwei-Schichtbetrieb in der Mettmanner Zulassungsstelle realisiert werden kann.

KA Carraro meldet für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf an und schlägt vor, bei der Stadt Langenfeld anzufragen, ob von dort vorübergehend Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden können. Gleichzeitig soll mit der Stadt ausgehandelt werden, dass der Kreis Mettmann während der Umbauphase mietfrei gestellt wird.

Landrat Hendele schlägt abschließend vor, den Beratungspunkt an den Kreistag zu verweisen und die angesprochenen Punkte in einer Ergänzungsvorlage aufzuarbeiten. Dem stimmen die Mitglieder des Kreisausschusses einstimmig zu.

Diese Vorlage ist in einer Ergänzungsvorlage (66/034/2008/1) aufgegangen.